

Kiel, 16.07.2009

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 23: Studierfähigkeit von Bachelor- und Master-Studiengängen (Drucksache 16/2713)**

**Jürgen Weber:**

## **Umsetzungsprobleme sind kein Argument gegen die neue Studienstruktur**

Es gab und gibt keine Alternative dazu, dass sich Deutschland dem Bologna-Prozess zur Vereinheitlichung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums angeschlossen hat. Das ist ein internationales Großprojekt, das weit über den Kreis der EU hinausreicht. Deshalb war es richtig, vergleichbare Strukturen als Voraussetzung für die Durchlässigkeit während und nach dem Studium zu schaffen.

Aber die **Umsetzung an den Hochschulen** läuft nicht glatt. Das war bei einer Reform dieser Größenordnung vielleicht auch nicht anders zu erwarten. Die Probleme gehen allerdings mancherorts an die Substanz. Deswegen ist eine kritische Zwischenbilanz richtig und sinnvoll, wie sie von vielen Studierenden in den vergangenen Wochen mit dem Bildungstreik, mit vielfältigen Aktionen gezogen wurde.

Kritikpunkte, die immer wieder vorgebracht werden, sind:

- eine Verschulung, also eine **zu starke Reglementierung des Studiums**,
- **wenig Freiraum zur eigenen Schwerpunktsetzung** oder gar für Studieninhalte, die nicht unmittelbar zum eigenen Curriculum gehören,
- **zu wenig Spielraum für Erwerbstätigkeit** oder Ehrenamt.

Das wiederum führt dazu, dass die angestrebte Internationalisierung auf sich warten lässt und in den Bachelor-Studiengängen zurzeit nur rund 15 % der deutschen Studierenden ein oder mehrere Auslandssemester absolvieren.

Die Probleme sind eine unheilvolle Mischung aus

- überbordender Akkreditierungsbürokratie,
- unnötigen und zum Teil unfairen Selektionsmechanismen,
- immer stärker ausufernden Auflagen und unsinnigen Anforderungen
- sowie Überforderung von personellen und sachlichen Ressourcen.

Dazu nur ein paar Beispiele:

1. Die Forderung, dass die neuen Studiengänge **spezielle Profile** haben müssten und sich auch inhaltlich von den alten „Magister- oder Diplom-Studiengängen“ unterscheiden sollten, hat zu einer „Irgendwie anders sein“-Mentalität geführt. Die Verpflichtung zu speziellen Profilen vermindert aber die Mobilität der Studierenden, da es teilweise doch recht merkwürdige curriculare Inhalte gibt, um diese Spezialisierung nachzuweisen., und sie gerät immer häufiger in Widerspruch zu einer gewünschten Vereinheitlichung und Mobilität der Studierenden.
2. Die neuen Studiengänge sollen sich auch inhaltlich von ihren Vorgängern unterscheiden. Das hat gerade im **naturwissenschaftlichen Bereich** zu Unverständnis geführt. Was bitte schön soll an der Quantenmechanik der Halbleiter im Master anders sein als im Diplom? Und der Mathematik ist es egal, ob sie im Bachelor oder im Vordiplom unterrichtet wird. Das spricht nicht gegen die neuen Studiengänge, sondern wirft Fragen bei der Umsetzung der Modularisierung auf.

3. Der Abschluss Bachelor wurde gegen viele Zweifel per KMK-Beschluss als **berufsqualifizierend** definiert. Aber in der Chemie gilt erst die Promotion als berufsqualifizierend. Bei den staatlich kontrollierten Studiengängen wie Jura oder Medizin hat deshalb die Umstellung auch gar nicht erst stattgefunden, und zum anderen erkennt das Land selbst schließlich erst im Lehramt den Master als berufsqualifizierend an.
  
4. Ein weiteres Problemfeld sind die **Leistungsnachweise**. Abschlüsse werden nicht mehr in einer Abschlussprüfung erworben, sondern setzen sich aus vielen Teilprüfungen zusammen. Wegen der Mobilität der Studierenden wurden eher kleine Module gewählt, so dass bis zum Erwerb eines Bachelors 25 Prüfungen und mehr bestanden werden müssen.  
Da alle Prüfungen bestanden werden müssen, um den Abschluss zu bekommen, und die Zahl der Anläufe begrenzt ist, hat sich die Misserfolgswahrscheinlichkeit deutlich erhöht und auch faktisch sind die Abbruchquoten gestiegen.

Und schließlich soll nicht vergessen werden, dass es sozial selektiv ist, wenn Studierende, die arbeiten müssen und/oder Kinder betreuen, bisher nicht auf eine **längere Studiendauer** ausweichen können. Damit sinken die Noten und zugleich die Chance auf einen Master-Studienplatz.

Regierung, Parlament und Hochschulverwaltungen müssen diese Kritik überprüfen, um die pauschale Ablehnung notwendiger Strukturveränderungen von berechtigten Beschwerden gegen Fehlentwicklungen zu unterscheiden. Das Kernproblem ist aus meiner Sicht die **Ausgestaltung und die Länge des Bachelorstudiums**, wo neben sechssemestrigen auch sieben- oder achtsemestrige Studiengänge stehen.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stellt zu Recht fest, dass Wirtschaft und öffentliche Institutionen noch nicht hinreichend Berufsbilder entwickelt haben, die zum Bachelor-Abschluss passen.

Wir sollten nicht ins andere Extrem verfallen und die neuen Studienstrukturen für einen Fehlschlag erklären. In vielen Studiengängen, vor allem an den Fachhochschulen, sind seit langem erfolgreiche konsekutive Studiengänge implementiert; und Umsetzungsprobleme an den Hochschulen sind kein Argument gegen die neue Studienstruktur an sich.